

37/87 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Hamburger Entscheidung ist eine Kapitulation vor den Rechtsbrechern

Das Parteipräsidium der CDU hat sich in seiner Sitzung am Montag dieser Woche auch mit den Vorgängen in der Hamburger Hafensstraße befaßt. Es war der Ansicht, daß es wirklich friedliche und rechtsstaatliche Verhältnisse nur geben könne, wenn das Recht in gleicher Weise für alle Bürger gelte. Diesem Grundsatz seien die Entscheidungen des Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi und der Senatsmehrheit nicht gerecht geworden. Das Zurückweichen vor der Gewalt und die faktische Anerkennung langjähriger rechtswidriger Zustände stelle eine Kapitulation vor den Rechtsbrechern dar und sei eine Brückierung aller gesetzestreuem Bürger. Der Hamburger Bürgermeister trage daher die persönliche und politische Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Abschluß des Pachtvertrages ergeben.

Friede, Recht und Gewaltlosigkeit gehören zusammen. Deshalb wird Dohnanyis Scheinfriede nicht von langer Dauer sein, erklärte Hartmut Perschau, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Die Drahtzieher der Hafensstraße brauchen ihre Barrikaden nicht mehr. Sie haben gesiegt. Sie haben ihr Ziel erreicht. Die Gewalt hat sich gelohnt: sie können jetzt unter dem Schutz des Bürgermeisters und seines Senats systematisch ihre politische Bastion weiter aufbauen und sich auf ihre

HEUTE AKTUELL

- **Sachverständigenrat**
Vorrang für die Wachstumpolitik. Seite 3
- **Helmut Kohl**
Zur deutsch-französischen Freundschaft. Seite 5
- **Walter Wallmann**
Trauerrede für die beiden an der Startbahn West getöteten Polizeibeamten. Seite 7
- **Ignaz Kiechle**
Chancen für die deutsche Landwirtschaft. Seite 29
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Sympathiewerbung in der Advents- und Vorweihnachtszeit. Seite 34
- **Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel.** Rosa Teil
- **Dokumentation**
Steuerreform — Neue Entlastungs-Beispiele. Grüner Teil

Kanzlerreise, ein Beitrag zur Stabilisierung in Afrika

Bundeskanzler Helmut Kohl gab im CDU-Präsidium einen Bericht über seine Reise nach Kamerun, Mosambik und Kenia. Das CDU-Präsidium bekräftigte die Ansicht des Bundeskanzlers, daß ein umfassender Dialog aller politischen Kräfte in Afrika die unabdingbare Voraussetzung für eine positive und friedliche Entwicklung des Kontinents sei. Die CDU unterstützt die Haltung der Bundesregierung, im Rahmen ihrer politischen und finanziellen Möglichkeiten einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung zu leisten und echte Blockfreiheit zu ermöglichen. Dazu gehöre auch die Überwindung der Apartheidpolitik in Südafrika mit friedlichen Mitteln.

Auf einer Pressekonferenz in Maputo am 18. November 1987 erklärte der Kanzler u. a.: „Die Staaten des südlichen Afrika brauchen Frieden; sie brauchen ihn aus

politischen, aus menschlichen und aus wirtschaftlichen Gründen. Und eine der Ursachen der Spannungen in der Region sehen wir in der Politik der Apartheid. In Südafrika müssen Apartheid und Rassendiskriminierung mit friedlichen Mitteln überwunden werden und die Menschenrechte allen Bürgern des Landes in gleicher Weise gewährt werden.“

„Ich sehe eigentlich meine Aufgabe darin, Brücken zu bauen“, sagte Helmut Kohl in den Bonner Perspektiven des ZDF auf die Frage einer möglichen deutschen Führungsrolle. „Wir müssen auch als Europäer — auch wir als Deutsche — unseren Beitrag dazu leisten, daß es auf friedlichem Weg, auf dem Weg der Evolution, zu einem Ausgleich kommt. Wenn es dort zu revolutionären Entscheidungen kommt, wird das für alle Beteiligten katastrophale Folgen haben.“

(Fortsetzung von der vorigen Seite)
nächsten gewaltsamen Aktionen vorbereiten. Die von ihnen begangenen Straftaten bleiben ungesühnt. Dohnanyi weiß, daß es der anarchistischen Führung der Hafenstraße nicht um friedliches alternatives Wohnen geht, sondern einzig und allein um die Schwächung des demokratischen Rechtsstaats.

Verträge können nur mit Bürgern geschlossen werden, die zur Einhaltung von Verträgen bereit und fähig sind. Wer den Abschluß des Vertrages mit den Bewohnern der Hafenstraße billigt, muß wissen, daß sie in den vergangenen Jahren eine endlose Kette von Straftaten, Rechtsbrüchen und Gewalttätigkeiten begangen haben.

Innensenator Lange hat den Bürgermeister in gesicherter Kenntnis der terroristischen Taten und Absichten der Hafenstraßen-Führung vergeblich gewarnt. Aber auch er, der für die Sicherheit der Stadt verantwortliche Senator, hat seinen Rücken gebeugt. Der opportunistische Umfall der FDP, die jetzt ihren eigenen Vorstandsbeschluß verleugnet, kommt weniger überraschend. Viele Bürger unserer Stadt sind erschrocken. Ihr Rechtsempfinden wurde schwer verletzt. Sie wissen, daß Dohnanyi unserer Stadt ein dauerhaftes Sicherheitsrisiko aufgebürdet hat. Für ihn und für alle, die sich heute noch gefährlichen Illusionen hingeben, wird es ein folgenschweres Erwachen geben.

Sachverständigenrat 1987:

Vorrang für die Wachstumspolitik

„Die Aussichten, daß sich die deutsche Wirtschaft auch im sechsten Jahr auf einem, wenn auch flachen Expansionspfad bewegen wird, sind — trotz Börsenkrach und Dollarkursverfall — gut. Wir sehen weiterhin Auftriebskräfte im Inland, beim privaten Verbrauch sowie mit Einschränkungen bei den Investitionen, und wir rechnen mit einem steigenden Export. Die Basis für die Aufwärtsentwicklung wird also wieder etwas breiter; Binnennachfrage und Exportnachfrage stützen sich wechselseitig.“

Dies ist die Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) für die Bundesrepublik Deutschland für 1988.

Die „Fünf Weisen“ gehen davon aus, daß die Turbulenzen an den internationalen Kapitalmärkten nicht zu einer Rezession in der Bundesrepublik führen werden.

„Das Verlaufsmuster der nun in ihr sechstes Jahr eintretenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ist das eines im ganzen mäßigen Aufschwungs, der zeitweilig verharrt und dann wieder anzieht.“ Für 1988 geht der Sachverständigenrat von einem Wachstum von 1,5 % aus.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden voraussichtlich um 2 % steigen, die Preise weiterhin stabil bleiben. „Bislang stiegen die Preise auf der Verbraucherstufe nur verhalten. Wir rechnen auch nicht damit, daß sich der Anstieg in der nächsten Zeit spürbar beschleunigen wird.“

Bei den Exporten gehen die Professoren sogar von einer Steigerung um 2,5 % aus. Damit gibt der Export im kommenden

Jahr der Konjunktur wieder Impulse. Die Gründe für die verhältnismäßig günstigen Exporterwartungen liegen für die Wissenschaftler bei den besonderen Stärken der deutschen Wirtschaft (qualitativ hochwertiges Gütersortiment, große Lieferpünktlichkeit, zuverlässiger Kundendienst und eine geschickte Spezialisierung auf Marktsegmente).

Nach wie vor bleibt die Binnennachfrage der Motor der Konjunktur. Durch die Steuerentlastung, die bei den privaten Haushalten 1988 mit etwa 11 Milliarden DM zu Buche schlagen wird, werden die verfügbaren Einkommen auch im kommenden Jahr kräftig expandieren; voraussichtlich um 4,5 %. **Im Zusammenspiel mit dem stabilen Preisniveau trägt dies dazu bei, daß der private Verbrauch eine wichtige Konjunkturstütze bleiben wird.**

Die privaten Haushalte können auch im nächsten Jahr mit einem beträchtlichen Zuwachs an Kaufkraft rechnen.

Die Zahl der Beschäftigten wird im kommenden Jahr weiter steigen, die „Fünf Weisen“ rechnen hier mit 60.000 im Jahresdurchschnitt.

Dennoch stellt der Arbeitsmarkt nach wie vor das größte Problem dar. Der Sachverständigenrat kommt zu dem Ergebnis, daß hier nur geringe Entlastungen in Sicht sind. „Niemand kommt an der Einsicht vorbei, daß der Expansionspfad, auf dem sich die deutsche Wirtschaft derzeit bewegt, zu flach ist, um die Arbeitsplatzlücke zu schließen.“

Gefordert sind hier vor allem die Tarifpartner. Die „Fünf Weisen“ legen besonders großen Wert auf die Notwendigkeit einer weiteren Lohndifferenzierung im Rahmen der Tarifpolitik. Hier sei insbe-

sondere in sektoraler und regionaler Hinsicht noch ein weites Feld.

Ausgehend von der Diagnose „das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist weiterhin gering, viel zu gering, um bei den großen unerledigten Aufgaben schneller ... zum Ziel zu gelangen ...“, lautet für den Sachverständigenrat die Therapie: **Vorrang für Wachstumspolitik.**

Ausführlich begründet er, warum eine kräftiger wachsende Wirtschaft allen Vorteile bringt:

- **Wachstum erleichtert den Abbau der Arbeitslosigkeit;**
- **Wachstum trägt zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte bei;**
- **Umweltschutz erfordert Wachstum;**
- **Wachstum ist die Grundlage der sozialen Sicherung.**

Diesem Ziel der Stärkung der Wachstumskräfte muß die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik der Bundesregierung Rechnung tragen.

Der Steuerpolitik der Bundesregierung bescheinigen die Professoren Erfolg. Das Kernstück der vorgesehenen Steuerreform, der Abbau des scharfen Anstieges der Grenzsteuersätze im gegenwärtigen Einkommensteuertarif durch den **Übergang zu einem linear-progressiven Tarif**, ist nach Ansicht der Sachverständigen dazu geeignet, „die demotivierenden Wirkungen einer progressiven Einkommensteuer zu mildern“.

Mit seinem vorsichtigen Optimismus unterstützt der Sachverständigenrat die wirtschaftspolitische Linie der Bundesregierung. Sicherlich besteht aufgrund der noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit und der bestehenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte kein Anlaß zur Eupho-

rie, es ist jedoch ebenso falsch, die Bundesrepublik aufgrund der vorliegenden Daten in eine Rezession zu reden, wie es die Sozialdemokraten derzeit versuchen.

Zahl der Firmenpleiten ging stark zurück

Die Zahl der Pleiten ist im Laufe des Jahres deutlich zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt am 12. November 1987 mitteilte, wurden von Januar bis September insgesamt 13.422 Konkurse und Vergleiche gemeldet, darunter 9.280 von Unternehmen. Im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit war dies ein Rückgang der Gesamtzahl um 5,8 Prozent und der Unternehmenszusammenbrüche um 9,9 Prozent. Der Rückgang setzte bereits Mitte vergangenen Jahres ein, erläuterten die Statistiker. Im September gab es bei den Firmenpleiten gegenüber September 1986 sogar einen Rückgang um 18,7 Prozent.

Ausländerwahlrecht

Bei der Anhörung zur Frage eines kommunalen Ausländerwahlrechts im Düsseldorfer Landtag wurde die Union in ihrer ablehnenden Haltung vollauf bestätigt. Die Staatsrechtslehrer Isensee, Papier und Wollenschläger wiesen klar nach, daß weder nach dem Grundgesetz und noch weniger nach der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens ein kommunales Wahlrecht für Ausländer zulässig ist. Die rechtlichen Argumente der anwesenden juristischen Befürworter wurden derart überzeugend zerpfückt, daß die SPD jetzt wohl gut beraten ist, die Finger von dieser für unser Staatsganzes hochsensiblen Frage zu lassen.

Helmut Kohl

Europa braucht Frankreich und Deutschland als Kerngemeinschaft

Anlässlich der 50. deutsch-französischen Konsultationen am 12. und 13. November in Karlsruhe hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Tischrede die deutsch-französische Freundschaft gewürdigt und die Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft aufgezeigt. Hier die wesentlichen Passagen seiner Rede am 12. November beim Abendessen im Schloß von Bruchsal:

Der Weg, den unsere Beziehungen im letzten Vierteljahrhundert genommen haben, stellt ein in der Geschichte Europas einzigartiges Beispiel für ein stetig gewachsenes vertrauensvolles und freundschaftliches Miteinander zweier souveräner Staaten dar.

Deutsche und Franzosen haben allen Grund, auf das bisher Erreichte stolz zu sein.

Dabei ist vor allem wichtig, daß es uns gelungen ist, die deutsch-französische Freundschaft in den Herzen unserer Bürger, vor allem der jungen Generation, zu verankern.

Unser gemeinsames Werk hat nicht nur unsere beiden Länder und Völker, es hat Europa insgesamt entscheidend vorangebracht. In meiner Regierungserklärung am 18. März 1987 habe ich erklärt:

„Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war und bleibt treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß. Diese Partnerschaft umfaßt eine sehr weitgehende, gemeinsame Konzeption von europäischer Sicherheit, eine gemeinsame Vision von der Zukunft

Europas und die Gesamtheit unserer politischen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Aktivitäten.“

Unser Blick muß nach vorne gerichtet bleiben. Die Europäische Gemeinschaft, die im März 1987 in ihr viertes Jahrzehnt getreten ist, steht vor großen Aufgaben, zum Beispiel der Vollendung des Binnenmarktes, eines „Raumes ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist“, wie es in der Einheitlichen Europäischen Akte heißt.

Wir werden diese Aufgabe nur lösen, wenn es uns immer wieder gelingt, den Streit partikularer Interessen zu überwinden und das Interesse, ja den Enthusiasmus unserer Völker für das große gemeinsame Werk wachzuhalten. Europa braucht Frankreich und Deutschland als eine Kerngemeinschaft.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist und bleibt es, Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft auf dem Wege zur Europäischen Union aufzuzeigen und, wenn immer möglich, in die Tat umzusetzen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an einige wichtige deutsch-französische Initiativen in den letzten drei Jahren:

■ Das maßgeblich von Frankreich und Deutschland in Gang gesetzte EUREKA-Projekt hat sich, allen Zweifeln zum Trotz, als der bisher wirkungsvollste Schritt zur Schaffung einer europäischen Technologiegemeinschaft erwiesen.

■ Unsere Zusammenarbeit hat wesentlich zum Zustandekommen der Einheitlichen Europäischen Akte und zum Gelingen des EG-Beitritts der Länder der iberischen Halbinsel beigetragen.

■ Durch unsere enge Zusammenarbeit war es möglich, daß sich die Mitgliedstaaten der WEU am 27. Oktober 1987 auf die gemeinsame „Plattform: Europäische Sicherheitsinteressen“ geeinigt haben.

Diese Plattform, die auf Ihrer Initiative, Herr Premierminister, beruht, ist erstes deutliches Zeichen wachsender europäischer Identität im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auf ihr wollen wir weiter aufbauen.

Auch im bilateralen Bereich haben wir in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Dabei möchte ich insbesondere an unser Gipfeltreffen vom Herbst 1986 in Frankfurt erinnern, das unserer kulturellen Zusammenarbeit neue Impulse verliehen hat. Wir werden morgen mit der Unterzeichnung des Notenwechsels über die Bildung eines Deutsch-Französischen Hochschulkollegs einen wichtigen Schwerpunkt der damaligen Erklärung in die Tat umsetzen.

Wir sind uns bewußt, daß wir nicht stehenbleiben dürfen. Wir haben keinen Anlaß, auf dem Erreichten auszuruhen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist täglich neu gefordert, ihre Dynamik zu entfalten.

Wir sind uns dabei bewußt, daß Europa seine Identität nur in einem stetigen Prozeß gewinnen kann. Wir brauchen weiterhin Ausdauer, wir brauchen Mut, wir brauchen eine gemeinsame Vision, um Stück für Stück dieses Europa, das wir wünschen, zu schaffen. Wir sollten dabei immer daran denken, daß Europa für seine Bürger, für alle unsere Mitbürger, erfahrbar bleiben muß.

Wir sind bereit, dem deutsch-französischen Verhältnis eine neue Dimension zu verleihen. Hierzu gehört insbesondere die Vertiefung der deutsch-französischen militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, für die die gemeinsame Großübung „Kecker Spatz“ ein eindrucksvolles Beispiel war.

Ich bin zuversichtlich, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen wird, bis zum 25. Jahrestag des Elysee-Vertrages diese Zusammenarbeit weiter zu konkretisieren.

Wir schließen von dieser Zusammenarbeit niemanden aus; Ziel ist ein Europa, das auch im Bereich der Sicherheitspolitik immer deutlichere Konturen gewinnt, das in der Lage ist, seinen Platz in der internationalen Politik einzunehmen, einen Platz, der ihm nach unserem Verständnis gebührt.

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt die europäische Einigung ein Gebot nationaler, europäischer, ja weltweiter Verantwortung.

Nur ein einiges und starkes Europa kann dazu beitragen, Sicherheit, Frieden in Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand dauerhaft zu sichern und auf die Gestaltung einer europäischen Friedensordnung hinzuwirken, in der auch die Teilung Europas überwunden werden kann. Für uns Deutsche gilt: Je europäischer die deutsche Politik ist, um so mehr dient sie auch unseren nationalen Interessen.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland haben bei der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt eine wichtige Schrittmacherfunktion. Deutsche und Franzosen müssen immer wieder Anstrengungen unternehmen, um ihre Politik in Einklang zu bringen. Die weiteren Erfolge müssen wir uns, wie in der Vergangenheit, hart erarbeiten.

Aus der Trauerrede von Walter Wallmann:

Wir müssen den inneren Frieden gegen Gewalt und Haß schützen

Im Dom zu Frankfurt fand am 10. November 1987 die Trauerfeier für die beiden an der Startbahn West getöteten Polizeibeamten statt. In seiner Trauerrede sagte der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann u.a.:

Die beiden Polizeibeamten haben ihr Leben im Dienst für unseren Staat und damit für uns verloren. Sie erfüllten ihre Pflicht, wie es ihnen aufgetragen und befohlen worden war. Sie haben niemanden angegriffen und niemanden bedroht. Sie haben gegen niemanden ihre Dienstwaffe gerichtet. Und kein Polizeibeamter hat in den vielen Jahren der gewalttätigen Auseinandersetzung an der Startbahn West jemals von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Und dabei waren die eingesetzten Polizeibeamten allzu oft an Leib und Leben gefährdet, nicht nur an jenem Montagabend, nicht nur an jenem 2. November.

Viele Beamte wurden mit Stahlkugeln und Leuchtmunition beschossen. Viele wurden verwundet, verletzt. Die Zahl der Verletzten ist in den vergangenen Jahren erschreckend gestiegen: 130 verletzte Beamte vor drei Jahren, im vergangenen Jahr über 800. Vermummte und bewaffnete Gewalttäter haben Polizeibeamte und friedliche Bürger überfallen. Das geschah vor wenigen Tagen in Hamburg genauso wie am vergangenen Montag, gestern vor einer Woche, wiederum an der Startbahn West.

Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm, sie hatten die gleiche Aufgabe zu erfüllen, die auch ihren Kameraden gestellt war,

nämlich Menschen und Sachen vor Gewalt zu schützen. Sie sollten, mit anderen Worten also, den inneren Frieden in unserem Land sichern, um unserer Bürgerinnen und Bürger willen. Bei der Erfüllung dieses Dienstes sind Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm ermordet worden. Wir verneigen uns vor den beiden toten Polizeibeamten in Trauer und voller Dankbarkeit. Wir sind uns bewußt, daß angesichts ihres Todes alles unzulänglich ist und bleibt, was immer wir nun tun oder sagen. Und wir wissen, daß wir Ihren Schmerz, den Schmerz der Familien, der Angehörigen, nicht lindern können. Wir wissen nur in unserer Ratlosigkeit und auch in unserer inneren Not, daß wir nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen dürfen.

Es darf nicht weitergehen mit dieser Eskalation von Haß und Gewalt. Wir haben die Pflicht, unsere Polizeibeamten so zu schützen und auszurüsten, daß sie ihren Dienst, der Dienst, den sie für uns, für uns alle, für den demokratischen Staat leisten, auch erfüllen können. Und unsere Polizeibeamten, sie dürfen nicht das Gefühl haben, daß wir sie alleine lassen, daß sie ohne ausreichende Gesetzesgrundlage, ohne bestmögliche Ausrüstung der Gewalt gegenüberstehen, Tätern, die durch unser Land reisen und — machen wir uns nichts vor — die den demokratischen Staat als ohnmächtig und handlungsunfähig entlarven wollen.

Wir dürfen das nicht zulassen. Wir werden besonnen und überlegt und zugleich mit aller Entschlossenheit und Festigkeit der Gewalt entgetreten. Wir sind das Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm schuldig. Wir schulden das den vielen Polizeibeam-

ten, denen wir ja auch in Zukunft abverlangen, den inneren Frieden gegen Haß und Gewalt zu schützen. Diese Aufgabe ist schwer. Diese Aufgabe, die wir den Polizeibeamten abverlangen, ja, diese Aufgabe, die wir ihnen aufbürden.

Wir wollen dem Haß zwar entschlossen begegnen, aber es muß eines hinzugefügt werden: Wir dürfen unsererseits nichts haßerfüllt reagieren. Wir wollen der Gewalt mit aller Härte, die das Gesetz vorsieht, entgegentreten, aber den Feinden der Menschlichkeit und des Rechts werden und dürfen wir nicht mit den Mitteln der Unmenschlichkeit und des Unrechts antworten. Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm sind uns dafür Vorbilder.

Es ist wahr, daß unser Staat und seine Ordnung von manchem und seit langem geschmäht werden. Wahr ist auch, daß unser Staat unzulänglich ist. Seine Repräsentanten, wir, ich irren. Wir, ich, die Politiker, wir sind in Schuld befangen und bleiben in Schuld befangen, weil wir Menschen sind. Und wir sind ungerecht, auch wenn wir gerecht sein wollen, denn wir erkennen oft das Recht nicht. Wir ringen um Macht und vergessen zu leicht, daß staatliche Macht nur durch das Recht legitimiert wird.

Aber, verehrte Trauergemeinde, wahr ist auch — und dieses muß ebenfalls bekannt werden —, daß unser Staat der freieste ist, den wir jemals hatten. Er steht unter dem Verfassungsgebot von Recht und Sozialstaatlichkeit. Und nicht nur die Idee unserer Bundesrepublik Deutschland in der Abstraktheit, sondern auch unser konkreter Staat mit all seinen Mängeln, mit all seinen Unzulänglichkeiten verlangt nicht nur nach unser aller Dienst. Nein, unser Staat ist auch unserer ganzen, unserer inneren Hingabe wert. Denn bei allen Fehlern und Unzulänglichkeiten: Er ist ein Staat, der Frieden und Toleranz aufgetragen bekommen hat und Frieden und Toleranz und

Zitat

„Das Bedürfnis unserer Zeit ist: mehr Miteinander und weniger Gegeneinander.“

(Bundesminister Norbert Blüm)

Liebe auch verwirklichen will. Wer dieses, den Willen, den Auftrag, die Verfassung bestreitet, und mehr noch, wer unseren Staat als Staat des Hasses und der Repression diffamiert, wer behauptet, dieser Staat wünsche sich sehnsüchtig den Terrorismus herbei, wer, unter welchen Vorzeichen auch immer, Haß sät und Gewalt für gerechtfertigt erklärt, der schafft das geistige Umfeld, in dem die Menschenverachtung und daraus Haß und daraus schließlich Gewalt gegen Menschen erwächst.

Und wer zwischen krimineller und politisch motivierter Gewalt in unserem Staate nicht mehr unterscheidet, der hat keine Lehren aus unserer leidvollen Geschichte gezogen. Gestern war der 9. November. Und wir erinnern uns an den 9. November 1938. Und wir wissen, was vor aller Welt damals begann.

Wir sind hier in einem Gotteshaus. Wir sind in diesem ehrwürdigen Dom zu Frankfurt am Main. Jeder frage sich nach seiner Schuld. Im Angesicht des Todes von Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm darf es weder um Selbstgerechtigkeit, noch um jene schrecklichen Vereinfachungen gehen. Die Trauer, unsere Trauer um die beiden Toten muß uns freimachen, das Gebotene zu entscheiden und die Trauer muß uns, jeden einzelnen von uns, unsere Pflicht begreifen lernen, alles, wirklich alles, zu tun, damit Verblendung und Haß überwunden werden und Frieden, der innere Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Gewalt, allenthalben in unser Land wieder einkehre.

Norbert Blüm:

Unsere Arbeitsmarktpolitik ist erfolgreich

Im Deutschen Bundestag wurde am 12. November 1987 das 8. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes abschließend beraten. Es sieht eine Reihe wesentlicher Verbesserungen für ältere und jugendliche Arbeitslose vor. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm führte in der Debatte u. a. folgendes aus:

Wir handeln. Wir helfen Arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern. Und wir halten, was wir versprechen.

Erster Schritt: Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr von 12 auf 18 Monate in 1985.

Zweiter Schritt: 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz 1986 mit einem Bündel von Verbesserungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, vor allem bei der beruflichen Bildung und eine weitere Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld auf bis zu zwei Jahre.

Dritter Schritt: Herabsetzung der Vorbereitungszeiten beim Arbeitslosengeld, Verlängerung der Kurzarbeitergeldbezugsfristen in der Stahlindustrie auf 36 Monate, Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld auf bis zu 32 Monate ab 1. Juli 1987.

Vierter Schritt jetzt: Auffüllung von Lücken im Leistungskatalog des Arbeitsförderungsgesetzes, Ergänzung und Verbesserung von Instrumenten.

Der Gesetzentwurf belastet den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit mit 950 Mio. DM. Der Gesetzentwurf überträgt die

Verantwortung für Benachteiligtenprogramm und Bildungsbeihilfegesetz, für Sprachförderung und Verstärkungsmittel bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die Bundesanstalt für Arbeit — Ausgaben, die im unmittelbaren Zusammenhang stehen mit dem Arbeitsmarkt und der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die SPD sagt: Das kann die Bundesanstalt für Arbeit nicht bezahlen. Nur: Vor acht Monaten legte die SPD einen Gesetzentwurf „zur Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes bei Arbeitslosigkeit“ vor. Kostenpunkt: 6,5 Mrd. DM.

Zwei Arbeitsfelder der Arbeitsmarktpolitik stehen für mich im Zentrum: Qualifizierung und gezielte Hilfen für ältere und für längerfristige Arbeitslose.

Qualifizierung ist zum Markenzeichen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Die Zahlen sprechen für sich: 1982 gab es 265.000 Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Bildung. In diesem Jahr werden es mehr als doppelt so viele sein, nämlich rund 600.000. 1982 waren nur gut die Hälfte der geförderten Arbeitslose, jetzt sind es zwei Drittel. Immer mehr Frauen profitieren von den Qualifizierungsangeboten. Sie stellen jetzt 35 % der Teilnehmer. Und sie sind insgesamt die Gewinner des Arbeitsmarktes. Zwei von drei neu geschaffenen Arbeitsplätzen werden von Frauen besetzt.

Also: Mehr Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen bei den Arbeitsämtern als je zuvor, mehr Finanzmittel als zuvor. Aber wir wollen auch nicht die Rangordnung auf den Kopf stellen: berufliche Weiterbildung ist Sache der Betriebe.

Unsere Hilfen sollen sie nicht aus dieser Pflicht entlassen. Mein Appell an die Unternehmen ist: Laßt das Klagen über Facharbeitermangel, bildet die Facharbeiter aus, die Ihr braucht, und bildet sie weiter.

Zweites Arbeitsfeld: Ältere, längerfristig Arbeitslose. Wer über 50 ist, hat das gleiche Recht auf Arbeit wie der 20jährige. Wir brauchen die älteren Arbeitnehmer. Auch hier mein Appell an die Arbeitgeber: Laßt die Vorurteile sausen, gebt auch älteren Arbeitnehmern eine reelle Chance.

Wir haben die soziale Sicherung Älterer bei Arbeitslosigkeit dreimal verbessert. Jetzt verbessern wir die Hilfen zur Beschäftigung. Bis zu 70 % und im Einzelfall bis zu acht Jahren kann die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer mit einem Lohnkostenzuschuß gefördert werden.

Wir müssen die Finanzmittel zusammenhalten, jede Mark wird gebraucht. Deshalb werden auch die Instrumente der Mißbrauchsbekämpfung geschärft und erweitert. Durch Verlängerung des Bemessungszeitraums beim Arbeitslosengeld werden ebenso Manipulationen verhindert wie beim Konkursausfallgeld. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist erfolgreich. Beispiel: Mehr als 70 % der Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen haben spätestens nach einem halben Jahr wieder einen Arbeitsplatz. Trotzdem: Arbeitsplätze müssen die Unternehmen und die Verwaltungen schaffen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates hat empfohlen, den Vermittlungsausschuß anzurufen, da es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt. Über diesen Antrag wird der Bundesrat am 27. November 1987 entscheiden.

Handel bleibt optimistisch für 1988

Ein Drittel der Einzelhändler erwartet für 1988 eine weitere Belebung der Nachfrage und vertraut auf die Dynamik des privaten Verbrauchs. Deshalb beabsichtigt fast jedes dritte Einzelhandelsunternehmen, vor allem Warenhäuser und Facheinzelhandel, seine Investitionen zu erhöhen.

Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei Unternehmen des Einzelhandels und des Großhandels. Voraussetzung hierfür sind allerdings nur gering steigende Preise für die Lebenshaltung und keine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Verbrauchsteuern.

Zuversichtlich äußert sich vor allem der Facheinzelhandel mit Schuhen, Bekleidung, Möbeln, Elektronik-, Elektro-, Photo- und Videoartikeln sowie Büromaschinen. Das wichtigste Motiv für die Investitionsplanungen ist die Kostensenkung. Erst danach folgt die Absicht der Kapazitätsausweitung.

Im Großhandel ist der Optimismus etwas gedämpfter, bestimmt durch Produktionsverbindungs- und Investitionsgütergroßhandel. Der Großhandel mit Fertigwaren, insbesondere Konsumgütern, liegt dagegen näher an den Erwartungen des Einzelhandels.

Zielgruppenorientiertes Marketing im Handel und eine qualifizierte Kundenberatung sind aus der Sicht des Handels ausschlaggebend für den zukünftigen Geschäftserfolg. Beides soll mit einer stärkeren Weiterbildung der Mitarbeiter erreicht werden. Ergänzend plädieren die Unternehmen des Groß- und Einzelhandels für eine attraktive Gestaltung und gute Erreichbarkeit der Innenstädte mit kundenfreundlichen Parkmöglichkeiten.

Aufbruch Europas in die Weltraumpolitik

Die Entscheidung zugunsten der großen neuen Weltraumprojekte (Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane und Teilnahme an der bemannten Raumfahrt, d.h. bei Columbus und Hermes) setzt für die deutsche Raumfahrtindustrie, aber auch für das internationale Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Spitzentechnologie Raumfahrt die richtigen Signale.

Die getroffene Einigung macht deutlich, daß die Bundesregierung entschlossen ist, trotz notwendiger Erhaltungssubventionen für konventionelle Industriestrukturen (z. B. im Bereich Kohle und Stahl), mit aller Kraft auch die Optionen für Zukunftstechniken offenzuhalten. Mit der Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der bemannten Raumfahrt werden unseren nachfolgenden Generationen nicht Erblaster hinterlassen, sondern neue Zukunftschancen eröffnet, erklärt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Christian Lenzer**.

Die gesamten deutschen Beiträge zu den nationalen und internationalen Raumfahrtaktivitäten, in denen unbemannte und bemannte Raumfahrt, Bodenstationen sowie der Unterhalt der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) enthalten sind, betragen über den Planungsraum von 13 Jahren rund 29 Milliarden DM. Der weitaus größte Teil, nämlich über 20 Milliarden DM, betrifft dabei die unbemannte Raumfahrt, d. h. Forschungen, Infrastruktur, Raumsonden und Satelliten, z. B. für Erderkundung, Klima- und Umweltforschung sowie Kommunika-

tion. Dieser größtenteils auch der Grundlagenforschung dienende Bereich ist unstrittig und macht im Forschungshaushalt den Löwenanteil aus. Der weitaus kleinere Teil im Laufe des Planungszeitraums von 13 Jahren, nämlich rund 8,3 Milliarden DM, betrifft die bemannte Raumfahrt.

Die bemannte Raumfahrt (Teilnahme an der amerikanischen bemannten Raumstation und am europäischen Raumfahrzeug Hermes) als Teil der gesamten Weltraumaktivitäten macht über den Planungszeitraum gerechnet jährlich rund 600 Millionen DM aus. Umgerechnet auf die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind dies pro Einwohner ca. 10 DM im Jahr. Dies ist sozusagen die Zukunftssicherungsprämie für den Einstieg der Bundesrepublik Deutschland in die bemannte Raumfahrt.

Eine negative Entscheidung würde die Bundesrepublik Deutschland auf Jahre hinaus vom bemannten Zugang zum Weltraum abkoppeln. Sie wäre dann nur Bittsteller oder Lizenznehmer bei anderen Ländern.

Todenhöfer legte Amt nieder

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer (47) hat seine Funktion als abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und sein Amt als Obmann im Untersuchungsausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages niedergelegt. Er hat dies in einem Schreiben an Fraktionschef Alfred Dregger mitgeteilt.

Gespräch zwischen Präsidium und Zentralkomitee der Katholiken

Die Präsidien der CDU und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) trafen sich am 3. November 1987, zu einem mehrstündigen Meinungsaustausch. Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßte die Gesprächsteilnehmer und gab eine Übersicht über aktuelle Fragen der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Innenpolitik.

Mit Ausführungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Katholiken und CDU eröffneten ZdK-Präsident Prof. Maier und Generalsekretär Heiner Geißler den Meinungsaustausch. Dabei ging es um Veränderungen der Wählerlandschaft und ihre vielschichtigen Hintergründe sowie um Fragen nach dem unverwechselbaren Wertprofil der CDU. Die Erwartungen christlicher Bürger an die ethische Grundorientierung und Überzeugungskraft einer christlich bestimmten Politik sind besonders hoch und verpflichten zu großen Anstrengungen. Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, daß das christliche Menschenbild als Grundlage und Maßstab wieder in der Politik der CDU deutlich werden müsse.

Neben der Erörterung familienpolitischer Maßnahmen stand besonders der Schutz von Leben und Recht des ungeborenen Kindes im Mittelpunkt der Aussprache. In der Familienpolitik müssen nach gemeinsamer Auffassung die Maßnahmen und Leistungen zugunsten der Familie konsequent ausgebaut werden.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen ein Zeichen gefährlicher Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft sei. Die öffentliche Diskussion und die bisherige Praxis hätten bestätigt, daß das

ungeborene Kind in Konfliktsituationen am wenigsten geschützt sei. Anerkannt wurde allerdings, daß durch familienpolitische Maßnahmen in den letzten fünf Jahren positive Entwicklungen stattgefunden haben. Übereinstimmend waren alle Teilnehmer des Gespräches der Auffassung, daß das vorgesehene Beratungsgesetz dazu beitragen müsse, das Bewußtsein vom Recht der Schwächsten in unserer Gesellschaft wieder zu stärken. Alle Anstrengungen seien darauf zu richten, das Leben des Kindes zu erhalten und Müttern in schwierigen Situationen wirksam zu helfen. Die Vertreter des Zentralkomitees betonten darüber hinaus, daß der offenkundige Mißbrauch bei der Feststellung und Finanzierung der sogenannten Notlagenindikation eingedämmt werden muß.

Der intensive Meinungsaustausch fand in sachlicher und herzlicher Atmosphäre statt. Beide Seiten stimmten in dem Wunsch überein, den Dialog fortzusetzen.

Nichtraucher im Berliner Parlament setzen sich durch

Nach einem Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses darf künftig bei den Sitzungen der Ausschüsse nicht mehr geraucht werden. Ein überparteilicher Antrag für ein Rauchverbot, der gemeinsam von Abgeordneten der Koalitionsfraktionen CDU und FDP sowie der Oppositionsparteien SPD und Alternative Liste (AL) gestellt worden war, fand im Parlament eine knappe Mehrheit.

Mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr

Zur Verabschiedung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Deutschen Bundestag erklären der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Günter Straßmeir, und der Berichterstatter, Abgeordneter Peter Rauen: Im Rahmen dieses Gesetzes gewährt der Bund den Ländern Mittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden. So flossen seit 1967 Finanzhilfen in Höhe von 20,1 Mrd. DM für den öffentlichen Personennahverkehr und 18,5 Mrd. DM für den kommunalen Straßenbau an die Bundesländer. Mit diesen Mitteln wurden die Verkehrsverhältnisse der Gemeinden verbessert.

Da sich dieses Gesetz bewährt hat, bestand aus verkehrlicher Sicht keine Veranlassung für eine Änderung. Dies Gesetz wurde nunmehr im Rahmen der Vereinbarung mit den Ländern Bestandteil des allgemeinen Bund-Länder-Finanzausgleichs.

Nachfolgende Änderungen des bestehenden Gesetzes wurden beschlossen:

1. Erhöhung der Mittel um 100 Mio. DM und damit neuer Plafond-Ansatz von 2,6 Mrd. DM.

2. Von den Gesamtmitteln werden bis zum Jahr 1991 vorab 100 Mio. DM für die bauliche Fertigstellung begonnener Projekte des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) zur Verfügung gestellt.

3. Bezuschussung für die Beschaffung von Standard-Linienomnibussen und Standard-Gelenkomnibussen aus dem ÖPNV-Teil bis zu einem Betrag von 100 Mio. DM jährlich, sofern diese zum

Erhalt und zur Verbesserung von Linienverkehren erforderlich sind. Dabei soll die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse außerhalb der Verdichtungsräume besonders berücksichtigt werden. Diese Busse werden bis zu 30%, im Zonenrand bis zu 37,5% gefördert.

4. An der Aufteilung der Finanzmasse zwischen kommunalem Straßenbau und ÖPNV im Verhältnis 50 : 50 wird festgehalten.

5. Flächenländer mit u. a. geringen Anteil an U-Bahn- und S-Bahn-Bauvorhaben, haben ab 1. 1. 1992 die Möglichkeit, mehr Mittel für den kommunalen Straßenbau zu erhalten. Voraussetzung ist, daß ihr Finanzbedarf für Vorhaben des ÖPNV geringer ist als 50% des Anteils im kommunalen Straßenbau. Auf Antrag erhalten Länder den Differenzbetrag zur zusätzlichen Förderung des kommunalen Straßenbaus.

6. Die bisher schon vorhandene Umschichtungsmöglichkeit vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV wird von 15% auf 30% erweitert. Damit kann den möglichen unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Länder besser Rechnung getragen werden.

7. Mit der erweiterten Flexibilität kann auch die im § 13 des bisherigen Gesetzes enthaltene Verordnungsermächtigung entfallen. Sie sieht vor, daß der Bundesminister für Verkehr 10% der jeweiligen Mittel nach unten oder oben verändern kann.

Diese Gesetzesvorschläge ermöglichen die Ausgestaltung einer modernen, flexiblen Finanzstruktur, die für einen gerechten Ausgleich sorgt.

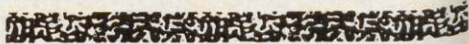
Der Waldschadensbericht ist eine Mahnung an alle

Die Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland haben sich auf einem hohen Stand eingependelt. Ein Rückgang der Schadensentwicklung um 1,4 %-Punkte darf nicht als Entwarnung mißverstanden werden. Über die Hälfte unserer Wälder sind nach wie vor geschädigt oder in ihrer Vitalität geschwächt. Besorgniserregend ist insbesondere die schwere Zunahme der Schäden bei Laubbäumen.

Zur Waldschadenserhebung 1987 erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Egon Susset**: Die Bundesregierung hat entschlossene Maßnahmen zur Verminderung der Luftschadstoffe eingeleitet und umgesetzt. Es waren oft zähe Verhandlungen in den Gremien der EG notwendig — auch konnten nicht alle Maßnahmen in dem von uns gewünschten Umfang und Zeitraum erreicht werden. Trotzdem haben sich die Mühen gelohnt. Ohne diesen Einsatz wären wir in der Umweltpolitik um Jahre im Rückstand. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Insel und Schadstoffe in der Luft kennen keine Grenzen. Ein internationaler Erfolg bringt somit insgesamt meist mehr als nationale Alleingänge. Viel Überzeugungskraft wird auch in Zukunft notwendig sein, um den richtigen Umweltkurs in der EG fortzusetzen.

Bei realistischer Betrachtung konnte wohl niemand erwarten, daß sich der Erfolg der umweltpolitischen Maßnahmen in kurzer Zeit bereits in einem deutlichen Rückgang der Waldschäden ablesen läßt. Genauso falsch ist es jedoch, die Schadenszahlen als Beweis für die Unwirk-

samkeit der Umweltpolitik zu mißbrauchen. Wir müssen davon ausgehen, daß der jahrzehntelange sorglose Umgang mit den Naturgütern zu dem heutigen Zustand geführt hat. Genauso müssen wir uns darauf einstellen, daß ein längerer Zeitraum notwendig ist, bis sich die jetzt meßbaren Verbesserungen bei den Luftschadstoffen auch in dem komplexen System der Natur durch deutliche Erfolgszahlen ablesen lassen. Der Waldschadensbericht ist eine Mahnung für die Politiker, auf allen Ebenen eine konsequente Umweltpolitik fortzusetzen; er ist aber Mahnung für jeden einzelnen in seinem privaten Bereich das mögliche zu tun.



Berufung für Gerd Langguth

Der Parteivorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, ernannte Staatssekretär a. D. Dr. Gerd Langguth zum Mitglied der Menschenrechtskommission der Christlich-Demokratischen-Internationalen, einem Zusammenschluß von 54 Parteien aus 50 Ländern in Europa, Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien. Langguth ist derzeit Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Helmut Kohl mißt „angesichts der Bedeutung der Menschenrechte für die Arbeit der CDI“ der Arbeit dieser Kommission „große persönliche Bedeutung“ bei. Die Menschenrechtskommission hat sich zu ihrer konstituierenden Sitzung am Donnerstag, den 19. November in Rom getroffen.

Rita Süßmuth:

Zahl der Gleichstellungsstellen wächst

1982 wurde die erste kommunale Gleichstellungsstelle in Köln eingerichtet. 1985 waren es 22, 1987 gibt es schon über 250 Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragte in Gemeinden, Städten und Kreisen. Fast täglich entstehen neue Stellen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, deren Aufgabe es ist, die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung in die Wirklichkeit des Alltags umzusetzen.

Hierzu erklärte Bundesfrauenministerin Süßmuth: „Wir beobachten derzeit eine stürmische Entwicklung. Seit vor genau fünf Jahren die erste Gleichstellungsstelle in Köln gegründet wurde, hat sich viel verändert: Vorbehalte und Widerstände, die in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit gegen diese Stellen vorhanden waren, sind deutlich abgebaut, wenn auch noch nicht ganz beseitigt worden.

Das Bewußtsein für frauenpolitische Fragen und Probleme ist bei der Bevölkerung und bei den Politikern deutlich gewachsen. Die Einrichtung und die Arbeit von kommunalen Gleichstellungsstellen wird zunehmend als ein sinnvoller und notwendiger Bestandteil der kommunalen Verwaltungstätigkeit anerkannt. Es ist ein Netz von Gleichstellungsstellen auf allen Ebenen entstanden, das immer dichter wird. Diese Entwicklung muß weitergehen. Als Bundesfrauenministerin begrüße ich die Einrichtung neuer Gleichstellungsstellen. Ich möchte die Frauen (und Männer) ermutigen, sich um die Gründung einer solchen Stelle in ihrer Gemeinde oder ihrem Kreis zu bemühen und appelliere an die Verantwortlichen in den Ländern und Gemeinden, diesen Stellen die notwendigen

Befugnisse, eine angemessene organisatorische Struktur und ausreichende personelle Ausstattung einzuräumen, damit nicht nur Alibi-Institutionen geschaffen werden.

Es gibt derzeit viele unterschiedliche Modelle und Konstruktionen für Gleichstellungsstellen. Welche Form der Organisation am wirksamsten ist, wird sich in der Praxis beweisen. Wir beobachten diese genau und werden darüber im nächsten Jahr dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorlegen. Entscheidend für Gleichstellungsstellen ist letzten Endes, ob sie durch ihre Konstruktion geeignet sind, die Lage der Frauen konkret zu verbessern.“

Eine Liste der Anschriften der kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragten kann beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Kennedyallee 105—107, 5300 Bonn 2, kostenlos angefordert werden.

Bund unterstützt Schiffentsorgung in deutschen Häfen

Im Rahmen der Beratungen des Bundeshaushalts 1988 ist beschlossen worden, daß sich der Bund während einer dreijährigen Pilotphase zu 50 % an einer kostenlosen Schiffentsorgung in den Deutschen Häfen beteiligt. Für diesen Zweck werden jährlich 6,75 Mio. Mark bereitgestellt. Dies ist eine ganz wichtige Maßnahme, um vor allem unerlaubte Einleitung von Öl- und Chemikalienrückständen durch die Schifffahrt zu vermeiden.

Bundesrepublik Deutschland

International Vorreiter beim Schutz der Ozonschicht

Bei der nachhaltigen Verminderung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die eine latente Gefahr für die Ozonschicht bedeuten, hat die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EG und weltweit eine Vorreiterrolle. Damit wies Bundesumweltminister Klaus Töpfer Forderungen des umweltpolitischen Sprechers der FDP, Gerhart Baum, nach einem umfassenden FCKW-Verbot zurück.

Wie Klaus Töpfer auf einer öffentlichen Veranstaltung in Tuttingen ausführte, sei auf der internationalen Konferenz in Montreal weltweit nur eine Reduzierung der FCKW um 50 % bis zum Jahr 2000 möglich gewesen. Daher habe er in der Bundesrepublik Deutschland nationale Maßnahmen im Alleingang ergriffen, die bereits bis Ende 1989 eine Halbierung der FCKW bewirken:

- Aufgrund einer Vereinbarung mit der Industriegemeinschaft Aerosole e.V. werden die Verbrauchsmengen von FCKW in Spraydosen bis Ende 1988 um mindestens 75 % und bis Ende 1989 um mindestens 90 % verringert.

- Die bei der Herstellung sogenannter Weichschaumstoffe freierwerdende FCKW werden durch die strengen Emissionswerte der TA-Luft von 1986 um etwa 90 % (ca. 3.000 Tonnen pro Jahr) vermindert.

- Bei der Verwendung von FCKW als Kältemittel laufen zur Zeit Arbeiten der Elektrohaushaltsgeräteindustrie zur Entwicklung geeigneter Rückgewinnungs- und Entsorgungskonzepte. Die FCKW-Hersteller haben im November ein neues

Programm vorgestellt und angeboten, verschmutzte Kältemittel zur Wiederaufarbeitung zurückzunehmen.

- Der Einsatz von FCKW als Lösungsmittel stellt den kleinsten Verwendungsbereich der FCKW dar. Die Rückgewinnung von FCKW und das Arbeiten in geschlossenen Anlagen ist hier relativ einfach und wegen des hohen Preises der FCKW auch bereits sehr verbreitet.

Angesichts dieser Erfolge seien, so Bundesumweltminister Klaus Töpfer, die Aussagen des umweltpolitischen Sprechers der FDP, Baum, völlig unverständlich. Dies sei um so mehr der Fall, als ein einseitiges nationales Importverbot für FCKW bekanntlich gegen die EG-Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland verstoßen würde, zumal die EG-Kommission im Rahmen der Umsetzung des Protokolls von Montreal auch die Fragen des Ex- und Imports von FCKW bereits bearbeitet. Vor diesem Hintergrund seien die Vorschläge Baums nicht nur illusorisch, sondern würden zudem die Bemühungen des Bundesumweltministeriums um europaweit harmonisierte FCKW-Beschränkungen erheblich gefährden.

Zitat

„Da Ihr Verleihungskomitee vorwiegend aus Männern besteht, muß es Ausdrück politischer Klugheit sein, mich zur Preisträgerin auserkoren zu haben.“
(Hannelore Kohl zu Krefelds Oberbürgermeister Dieter Pützhofen anlässlich der Verleihung der „Niederrhein-Eule“)

Ignaz Kiechle:

Chancen für die deutsche Landwirtschaft

Agrarpolitik war unter dem großen Druck der sich auftürmenden Probleme in den letzten Jahren oftmals Krisenmanagement. Trotz der zahlreichen Hilfen, die die Bundesregierung den in Bedrängnis geratenen bäuerlichen Familien gewährt hat, ist die Einkommenssituation in der Landwirtschaft auch heute noch vielfach unbefriedigend. Dennoch sind die Zukunftsaussichten der deutschen Bauern besser, als die augenblickliche Lage vermuten läßt.

1. Europa: der größte Verbrauchermarkt der Welt

Rund 320 Millionen Menschen zählt die Europäische Gemeinschaft und stellt damit den größten und kaufkräftigsten Verbrauchermarkt der Welt dar. Tag für Tag müssen 320 Millionen Verbraucher mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt werden. Zweifellos ist dies einer der wichtigsten Schlüssel zur Verbesserung der Einkommenssituation der deutschen Landwirte. Verzehrsgewohnheiten und Qualitätsansprüche der Verbraucher waren in den letzten zwanzig Jahren großen Veränderungen unterworfen. Diese Entwicklungen müssen von den Landwirten noch stärker berücksichtigt, Marktnischen noch gezielter genutzt werden. Ihre gute Ausbildung und die nachhaltige Unterstützung der landwirtschaftlichen Beratungsstellen versetzen die deutschen Landwirte in die Lage, sich dieser Herausforderung zu stellen und im Wettbewerb mit ihren Berufskollegen in anderen EG-Ländern ihre Position zu behaupten.

2. Nachwachsende Rohstoffe als zweites Standbein

Nachwachsende Rohstoffe sind mehr und mehr als Grundstoffe für industrielle Produkte gefragt. Zwar wird der Durchbruch zur breiten Anwendung im Energiebereich erst bei verbesserter Wettbewerbsfähigkeit nachwachsender Rohstoffe gegenüber fossilen Energieträgern gelingen, aber die Verwendung der Bio-Rohstoffe beschränkt sich nicht allein auf diesen Sektor. Die Industrie ist nämlich zunehmend daran interessiert, aus Produkten wie Zucker, Stärke, pflanzlichen Ölen und Fetten sowie Lignozellulose höherveredelte Produkte herzustellen. Aus diesem Produktionszweig kann schon in wenigen Jahren ein zweites Standbein für viele bäuerliche Betriebe werden.

Deswegen unterstützt die Bundesregierung die Forschung auf diesem Gebiet nachhaltig. Ziel dieser Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ist es, bessere und wettbewerbsfähigere Verfahren zu entwickeln, um die Chancen einer breiten Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu erhöhen.

3. Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft

Die Landwirtschaft hat neben der Erzeugungsfunktion mehr und mehr eine zentrale Raumfunktion zu erfüllen. Dazu zählen wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Stabilität des ländlichen Raumes ebenso wie die Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft in ihrer Viel-

falt und Schönheit. Gleichzeitig erwartet die Gesellschaft von der Landwirtschaft die Verwirklichung ökologischer Ziele.

Im Prinzip wurde bisher die Raumfunktion quasi automatisch mit der Erzeugungsfunktion erfüllt und abgegolten. Wenn aus ökonomischen Gründen Betriebe insbesondere in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten aufgeben müssen, ist die wichtige Raumfunktion irgendwann nicht mehr gesichert. Und viel gravierender noch: Ländliche Gebiete verlieren ihre Attraktivität als Wohn-, Freizeit- und Erholungsraum.

Deswegen muß rechtzeitig gegengesteuert werden. Dies ist keine leichte Aufgabe. Denn der Steuerzahler muß davon überzeugt werden, daß er heute für etwas bezahlt, damit es zukünftig erhalten wird. Denn zum Nulltarif ist die Raumfunktion nicht zu haben.

Insbesondere auf den nicht wettbewerbsfähigen, benachteiligten Standorten wird man landwirtschaftlichen Betrieben ihre landespflegerischen und landeskulturellen Leistungen zukünftig angemessen honorieren müssen. Honoriert werden sollte aber nur eine wirkliche Leistung. Ein generelles, leistungsloses Entgelt wäre gegenüber der Gesellschaft kaum zu rechtfertigen.

Neben der traditionellen Landbewirtschaftung eröffnen sich für die Landwirte mit der Wahrnehmung dieser wichtigen ökologischen Funktionen neue Perspektiven. Die Bundesregierung entwickelt daher ein differenziertes, zielgruppenorientiertes Maßnahmenangebot:

- für Betriebe, die ihr Einkommen vorrangig aus der Erzeugung von Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen erzielen wollen,
- für Betriebe, die unter natürlichen oder strukturellen Nachteilen wirtschaften und Aufgaben im Rahmen des Umwelt- und

Naturschutzes, des Wasserschutzes, der Landschaftspflege usw. wahrnehmen,

- für Betriebsleiter und Familienangehörige, die entweder zusätzliche Erwerbstätigkeiten in- und außerhalb des Betriebes nutzen wollen oder die landwirtschaftliche Tätigkeit in der Generationenfolge ganz aufgeben wollen.

Im Sinne eines solchen zukunftsweisen den Angebotes für die bäuerlichen Familien muß es darum gehen, die bisherigen Maßnahmen zu bündeln, weiterzuentwickeln und — soweit erforderlich — um neue zu ergänzen. Gleichzeitig müssen die dazu erforderlichen Mittel langfristig abgesichert werden.

4. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe müssen zunächst EG-weit die noch vorhandenen Überschüsse abgebaut werden. Ebenso wichtig sind aber auch folgende Maßnahmen:

- Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen bei Wechselkursveränderungen,
- Förderung von Produktions- und Verwendungsalternativen im Nicht-Nahrungsbereich,
- einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der EG-Effizienzverordnung,
- Flexibilisierung der Garantiemengenregelung,
- Verbesserung der Vermarktungsstrukturen.

Bei der Diskussion um die Einführung eines Strukturgesetzes zum Schutz des bäuerlichen Familienbetriebes ist zu berücksichtigen, daß Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft vermieden werden. Die Einführung von Bestandsobergrenzen macht

nur Sinn, wenn dies europaweit geschieht.

Bäuerliche Familienbetriebe müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in ausreichende Einkommenskapazitäten hineinzuwachsen. Dazu ist weiterhin Strukturwandel erforderlich, der allerdings in geordneten Bahnen ablaufen muß. Um diesen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu flankieren, bietet sich insbesondere eine Vorruhestandsregelung für ältere Landwirte an. Diese Maßnahme hat den Vorteil, daß

- ältere Landwirte von dem unbedingten Zwang zur Weiterbewirtschaftung ihrer Betriebe befreit werden,
- die Märkte entlastet und die Intensität in der Landwirtschaft reduziert werden, wenn ein Teil der freiwerdenden Flächen stillgelegt wird oder für Umwelt- und Naturschutzzwecke Verwendung findet,
- Flächen frei werden, die von entwicklungsfähigen Betrieben übernommen werden können.

Auch die jüngeren Landwirte, die Einkommenschancen in landwirtschaftsnahen Bereichen oder außerhalb der Landwirtschaft sehen, müssen z. B. durch Umstellungshilfen gefördert werden. Denn der ländliche Raum kann auf Dauer nur dann gesichert werden, wenn er für junge Leute attraktiv bleibt. Voraussetzung dafür ist ein ausreichendes Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

5. Politik für den ländlichen Raum

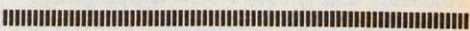
Zu einer Lösung der Agrarprobleme gehört auch eine ressortübergreifende integrierte Politik für den ländlichen Raum. Die agrarpolitischen Maßnahmen und Hilfen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe sowie zur Sicherung ihrer Raumfunktionen können

Zitat

„Die Union muß eine diskussionsbereite und offene Partei sein — wer nicht über die Zukunft nachdenkt, der hat bald keine mehr.“

(Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Bezirksparteitag der CDU Rheinhessen-Pfalz in Neustadt am 14. November 1987)

nur ein Teil eines umfassenden Konzeptes für den ländlichen Raum darstellen. Hinzu kommen müssen Maßnahmen der Raumordnungspolitik, der Regional-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Verkehrs- und Umweltpolitik. Ohne befriedigende Lebens- und Arbeitsbedingungen werden die Menschen aus dem ländlichen Raum abwandern. Dagegen könnte eine noch so gut gestellte Landwirtschaft allein nichts ausrichten. Auch bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung muß die im ländlichen Raum vorhandene Infrastruktur gehalten und — wo erforderlich — verbessert werden. Ohne die notwendigen Infrastrukturen werden die Landwirtschaft und der ländliche Raum ihre vielfältigen Funktionen für die Gesellschaft immer weniger wahrnehmen können.



Trinkgeldfreibetrag wird verdoppelt

Der Gesetzentwurf für die Steuerreform 1990 wird auch eine Verdoppelung des Trinkgeldfreibetrags auf 2.400 DM vorsehen. Bisher sind freiwillige Trinkgelder, die der Arbeitnehmer von Dritten erhält — zum Beispiel im Gaststätten- oder Friseurgewerbe —, steuerpflichtig, soweit sie den Freibetrag von 1.200 DM jährlich übersteigen. Mit der Verdoppelung wird eine spürbare Vereinfachung erzielt und werden kleinliche Streitigkeiten mit dem Finanzamt vermieden.

Nachtrag vom 35. Bundesparteitag

Infolge eines technischen Versehens wurde der Beschluß C 1 im letzten UID nicht vollständig wiedergegeben. Hier nun der vom 35. Bundesparteitag verabschiedete Wortlaut des Beschlusses:

Beschluß Nr. C 1

Der 35. Bundesparteitag der CDU bittet die Bundesregierung sowie die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, durch verbesserte Gesetze die Polizei in die Lage zu versetzen, sowohl vorbeugend als auch im Einsatz Gewalttaten im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen verhindern und verfolgen zu können.

Der Bundesparteitag der CDU verurteilt mit tiefer Empörung, daß Polizeibeamte bei der Erfüllung ihrer Pflichten von Rechtsbrechern und politischen Gewalttätern ermordet und schwer verletzt worden sind.

Wir bekräftigen, daß das Recht, friedlich und ohne Waffen für seine Meinung zu demonstrieren, ein grundlegendes Recht unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Recht durch politische Gewalttäter mißbraucht, ausgehöhlt und gefährdet wird.

Der 35. Bundesparteitag der CDU fordert die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag auf, sich bei ihren Entscheidungen von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

— Der Staat ist verpflichtet, den Aufruf zur und die Propagierung von Gewalt unter Strafe zu stellen, um ein Klima zu verhindern, das Gewalttaten wie in Frankfurt Vorschub leistet.

— Es muß bewirkt werden, daß Gewalttäter ihre gewaltsamen Ausschreitungen nicht weiterhin aus der Deckung begehen

können, die die Menschenmenge vor dem polizeilichen Zugriff bietet. Künftig muß auch bestraft werden, wer sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen nicht aus der Menschenmenge entfernt.

— Es muß sowohl die sogenannte passive Bewaffnung als auch die Vermummung strafrechtlich verboten werden. Die Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung sowie die Aufforderung zur Teilnahme an einer solchen Versammlung müssen mit Kriminalstrafe geahndet werden.

Mehr Geld für Fremdenverkehrswerbung

Die Erhöhung der für das Haushaltsjahr 1988 vorgesehenen Bundeszuwendung um über zwei Millionen DM (auf 37,356 Mio. DM) gegenüber dem Haushaltsjahr 1987 (35,042 Mio. DM) bedeutet eine wesentliche Verstärkung der Mittel, die der Deutschen Zentrale für Tourismus zur Verfügung stehen, um im Ausland für Urlaubsreisen in die Bundesrepublik Deutschland zu werben, erklärt der Vorsitzende der Kommission für Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Matthias Engelsberger. Trotz erheblicher Sparmaßnahmen in vielen Bereichen des Bundeshaushalts hat sich der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zu dieser bemerkenswerten Mittelenerhöhung bereit gefunden, die von der Kommission für Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagen war. Damit verbessern sich die Möglichkeiten, im Ausland gezielte Werbemaßnahmen für Urlaubsreisen nach Deutschland durchzuführen.

Wichtige Aufgaben in der Umweltpolitik

Am 4. November 1987 hat sich der Bundesfachausschuß „Umweltpolitik“ der CDU in Bonn neu konstituiert, dem wie auch in der letzten Legislaturperiode 40 hervorragende Experten aus Wissenschaft, Politik und Verbänden angehören. Der Bundesfachausschuß hat den umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Kurt Grill, zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Kurt Grill betonte, daß mit dem 17-Punkte-Programm der CDU, das Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen geworden ist, ein Fahrplan für eine neue Phase im Umwelt- und Naturschutz in der 11. Legislaturperiode durchgesetzt wird. Der Bundesfachausschuß „Umweltpolitik“ wird auf der Grundlage des 17-Punkte-Programms seine Arbeit fortsetzen. Nach Auffassung von Kurt Grill ist die wichtigste Aufgabe die Umsetzung der im 17-Punkte-Programm angekündigten Umwelthaftpflichtversicherung, mit der ein entscheidender Schritt von der Schadensbeseitigung hin zur Vorsorge getan wird. Die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz erfordert weitere Diskussionen und Abstimmungen in den verschiedenen Parteilagern und den Parlamentsfraktionen. Der Bundesfachausschuß wird sich an diesen Diskussionen beteiligen und Vorschläge erarbeiten, wie das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz verankert werden kann.

Ebenfalls wird er das Gespräch mit den Umweltverbänden und den Kirchen suchen.

Folgende Bundesfachausschüsse haben sich ebenfalls neu konstituiert:

- Bundesfachausschuß für Städte- und Wohnungsbau, MdB Franz Möller.

- Bundesfachausschuß Verkehrspolitik, MdB Dirk Fischer.

- Bundesfachausschuß Innenpolitik, Senator Wilhelm Kewenig, MdB

Birgit Breuel bleibt Vorsitzende

Niedersachsens Finanzministerin Birgit Breuel bleibt Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung. Auf der Landestagung ihrer Organisation wurde sie mit 207 von 235 abgegebenen Stimmen in ihrem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten Klaus van Döllen (Oldenburg), Graf von Galen (Osnabrück), Jürgen Strödter (Braunschweig) und Harald Vespermann (Wolfsburg).

Mehr Geld für Stiftung „Mutter und Kind“

Zur Änderung des Gesetzentwurfes zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Paul Hoffacker**: Aus der 1984 geschaffenen Bundesstiftung konnte bis Ende 1986 mehr als 70.000 Frauen geholfen werden. Es hat sich allerdings gezeigt, daß die bislang zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichen: Deshalb sind im Rahmen der Haushaltsberatungen auf Initiative der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 80 um 30 auf nunmehr insgesamt 110 Millionen DM erhöht worden.

Sympathiewerbung in der Advents- und Vorweihnachtszeit

Auch in der Adventszeit sollte es die CDU vor Ort nicht versäumen, durch bürgernahe, öffentlichkeitswirksame Aktionen auf sich aufmerksam zu machen und mit zahlreichen Menschen ins Gespräch zu kommen. Jeder von uns muß Farbe bekennen, sei es nun im Freundes- oder Bekanntenkreis oder bei Aktionen des Ortsverbandes als Gesprächspartner am Informationsstand.

Weihnachtliche Aktionsvorschläge für Schnellentschlossene

CDU-Kinderkrippe

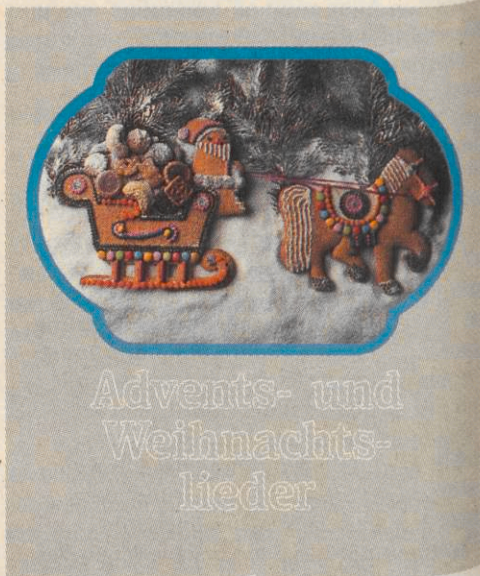
Besonders beim Weihnachtseinkauf kommen viele Eltern in Verlegenheit. „Wohin mit den Kindern?“ — das ist die große Frage. Ein buntes Betreuungsprogramm für die Kleinen schafft der CDU vor Ort viele Freunde. Unter dem Motto „Wir lieben Kinder“ sollten Sie diese Aktionen in der Presse ankündigen.

CDU-Winter-Puzzle

Nicht nur für die Kinder-Aktion ist das CDU-Winter-Puzzle als Spiel, das Spaß macht, bestens geeignet. Man kann es allein, zu zweit oder mit der ganzen Familie spielen — und natürlich auch im Rahmen von Nachbarschaftstreffen oder anderen Veranstaltungen, zu denen die CDU im Winter einlädt.

Christstollen-Essen am Canvassingstand

An verkaufsoffenen Samstagen in der Vorweihnachtszeit eine unaufdringliche Aktion, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Und dazu vielleicht Glühwein im CDU-Getränkebecher.



2. Auflage: Advents- und Weihnachtsliederbuch

Das beliebte Advents- und Weihnachtsliederbuch ist jetzt in zweiter Auflage wieder erhältlich. Viele traditionelle Lieder, die besonders gut in die friedliche Weihnachtszeit passen, und bekannte Melodien laden zum Mitsingen ein.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM
Bestell-Nr.: 2867

Neu im Angebot

Sympathie-Plakat Frohes Fest

Wünschen auch Sie Ihren Mitbürgern im Namen der CDU ein „Frohes Fest“!

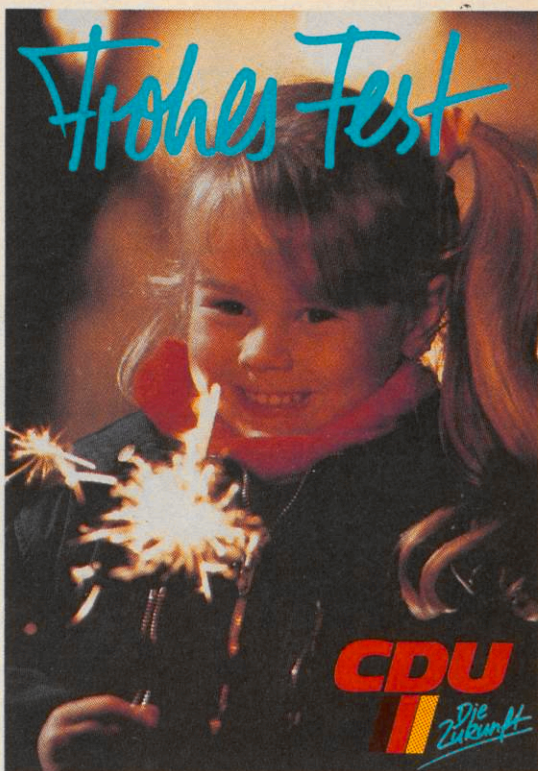
Mit dem neuen Plakat „Frohes Fest“ bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein ansprechendes, weihnachtliches Motiv an. Tragen auch Sie mit diesem Plakat in Ihrem Verband zur vorweihnachtlichen Stimmung bei.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

18,50 DM

Bestell-Nr.: 8013



Weitere winterliche Werbemittel

Gut gerüstet für die kalte Jahreszeit: CDU-Schal und CDU-Mütze halten in bewährter Weise die Kälte von außen ab. Für heiße Getränke ist der Getränkebecher bestens geeignet, und der praktische Eiskratzer schafft „Klare Sicht“!

Best.-Nr.	Artikel	Mindestabnahme	Preis
9362	CDU-Schal	5 Stück	DM 40,50
9812	CDU-Mütze	1 Stück	DM 8,50
9890	CDU-Eiskratzer	100 Stück	DM 57,00
9922	Getränkebecher	100 Stück	DM 13,00
9880	Winterpuzzle	25 Stück	DM 25,00
9923	Weihnachtskarten (4 Motive)	100 Stück	DM 12,70

Bestellungen richten Sie bitte an das

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

Die Preise verstehen sich inklusive Transportkosten zuzüglich Mehrwertsteuer

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

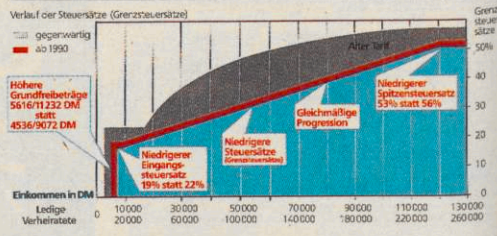
Aktualisiertes Flugblatt

Das doppelseitige Flugblatt zur Steuerreform wurde mit neuen Zahlen des Bundesfinanzministeriums auf den neuesten Stand gebracht. Ab sofort erhalten Sie bei Ihrer Bestellung die aktuelle Fassung.

Mindestabnahme: 500 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
40,— DM zuzügl. MWSt.
Bestell-Nr.: 1117

Bestellungen über
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Wort gehalten: Wir senken die Steuern



- ➔ Dauerhafte Entlastung für alle Steuerzahler – weniger Steuern: Das heißt mehr Geld im Portemonnaie.
- ➔ Mehr Steuergerechtigkeit für alle durch Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen.
- ➔ Leistung lohnt sich wieder; vor allem bei Mittelstand und Facharbeitern wird die übermäßige Steuerprogression abgebaut.
- ➔ Steuersenkung sichert mehr Wohlstand für alle, bringt neue Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Die Steuersenkungspartei



UID

37/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.